

Michael Wendl

Selbstentzauberung einer Avantgarde

1. Der Streit der Ökonomen über Euro und Bankenrettung

Mit dem Aufruf von zunächst 150 deutschsprachigen Ökonomen, prominent angeführt von Hans-Werner Sinn, dem Hohepriester der deutschen Neoklassik – auch wenn der erste Entwurf von dem Statistiker Walter Krämer stammte – ist eine ausgesprochen heftige Debatte über die Maßnahmen zur Rettung des Euro nach dem EU-Gipfel von Ende Juni 2012 entbrannt. Für besondere Empörung hatte eine Aussage in der ersten Fassung des Aufrufs gesorgt, wonach mit diesen Beschlüssen „nicht der Euro noch der europäische Gedanke“ gerettet werde, „geholfen wird vor allem der Wall Street, der City of London und einer Reihe maroder ausländischer Banken, die nun weiter zu Lasten der hart arbeitenden Bürger anderer Länder (...) ihre Geschäfte machen dürfen“. Es war nicht nur der auslandsfeindliche Zungenschlag, sondern auch die instinktive Präsentation eines Gegensatzes zwischen den „hart arbeitenden Bürgern“ und den „Geschäften der Banken“, die unmittelbar nach Bekanntwerden des Aufrufs zu offener Empörung in einem Teil der Wirtschaftspresse geführt hatte. Das *Handelsblatt* verortete das Niveau des Aufrufs auf der Ebene des griechischen Linksbündnisses Syriza, während die *Financial Times* von „Stammtischökonomie“ sprach. Dass diese Passage weniger auf sozialistische Sichtweisen, sondern eher auf eine vermutlich unbewusste Nähe zu dem

in der deutschen Geschichte bekannten Gegensatz von „schaffenden“ und „raffenden Kapital“ hinweisen kann, wurde nicht thematisiert. Aber auch Ökonomen, die wie Manfred J.M. Neumann, überzeugte Anhänger der Geldtheorie von Milton Friedman sind, zeigten sich angewidert von Diktion und Niveau des Textes. Dagegen hatte Sahra Wagenknecht als Sprecherin der Partei DIE LINKE, die im Bundestag sowohl die EFSF, wie auch den ESM und den Fiskalpakt geschlossen abgelehnt hatte, der Initiative von Sinn exakt wegen ihrer kritischen Stoßrichtung gegen die Banken ausdrücklich zugestimmt („Sinn hat Recht“) – eine Stellungnahme, die nur auf den ersten Blick überraschend wirkt, weil Sinn wie kein anderer deutscher Ökonom für das neoklassische Basisdogma flexibler Arbeitsmärkte und niedriger Löhne steht. Aber eine Sichtweise, die kritisch auf „marode ausländische Banken“ zielt und eine Wahrnehmung der Banken als „Zocker und Spekulanten“ unterscheiden sich in ihrer Substanz – Banken als Hauptkrisenfaktor – nur in der Frage der räumlichen Verortung.

Die danach relativ rasch gestarteten Gegenaufrufe, die versuchten, die Beschlüsse des EU-Gipfels und die Notwendigkeit einer Stabilisierung der europäischen Währungsunion und der damit verbundenen Rettung spanischer Banken zu rechtfertigen, sind inhaltlich eher oberflächlich und im Kern politisch begründet. Sie zeigten aber die Frontverläufe zwischen den streitenden Ökonomen. Zunächst kritisierten

Gustav Horn für das den Gewerkschaften nahestehende Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung und Michael Hüther für das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft gemeinsam den Aufruf von Krämer und Sinn, auch um mit dieser Gemeinsamkeit die Interessen der deutschen Wirtschaft und ihrer Beschäftigten zu demonstrieren. Dann folgten eine Reihe von akademischen Ökonomen, ausgelöst durch einen Aufruf des Berliner Volkswirts Frank Heinemann und unterstützt durch den Münchner Gerhard Illing und andere. Dieser Aufruf ist bemerkenswert, weil er signalisiert, dass der bis zur Finanzmarktkrise auffallend monotone neoklassische Mainstream der deutschen akademischen Ökonomie nicht mehr stabil ist und sich ein Stück weit eine Rückorientierung an zwischenzeitlich verschüttete Einsichten des Keynesianismus zeigt, zumindest in der Frage der Geldpolitik der Zentralbank. Auch scheint der internationale Druck von Ökonomen zu wirken, denen die theoretische Rückständigkeit und ordnungspolitische Fixierung der deutschen Volkswirte schon lange ein Greul ist. Argumentativ stärker begründet zeigte sich dann die Initiative des von George Soros nach den Erfahrungen der Finanzmarktkrise 2007/2008 gegründeten Instituts for New Economic Thinking (INET). Die INET-Ökonomen hatten relativ klar die Rolle der hohen Kapitalflüsse in der Euro-Zone als Kehrseite hoher Leistungsbilanzsalden innerhalb des Währungsraums kritisiert und die geldpolitische Funktion eines *Lender of the last Resort* für die EZB gefordert. In der Stellungnahme des INET taucht zum ersten Mal der Zusammenhang von sog. realwirtschaftlichen Ungleichgewichten und den Bewegungen auf den Kapitalmärkten auf, wenn auch in der einseitigen Fassung zu hoher Kapitalabflüsse in bestimmte (hochverschuldete) Länder.

2. Geldmenge oder Liquidität, exogenes oder endogenes Geld?

Wir verstehen die theoretische Substanz dieser aktuellen Kontroverse einerseits und die irrlichternde Rolle der Partei DIE LINKE und ihres wirtschaftspolitischen Umfelds besser, wenn wir einen Blick zurückwerfen auf eine zunächst geldpolitische, aber auch geldtheoretische Diskussion und Kontroverse, die in Westdeutschland in den 1960er und frühen 1970er Jahren stattgefunden hatte und in der sich die deutsche Variante des Monetarismus gegen die Vertreter der deutschen Version des damals tonangebenden Keynesianismus im Rahmen des IS-LM-Modells durchsetzen konnten. Bereits 1973 hatte die deutsche Bundesbank begonnen zu einer kontraktiven Geldpolitik vermittelt über eine regelgebundene Geldmengensteuerung über zu gehen. Dieses deutsche Modell einer stabilitätsorientierten Geldpolitik, die nahezu ausschließlich auf Geldwertstabilität und damit Inflationsbekämpfung gesetzt hatte, konnte sie im Prozess der Entstehung der Europäischen Währungsunion dann auch zum Modell für die neue Europäische Zentralbank machen; Pierre Bourdieu hatte es kritisch als „Modell Tietmeyer“ klassifiziert. Bis zur Finanzmarktkrise 2007/2008 konnte sich dieses allein auf Geldwertstabilität orientierte Modell behaupten, wenn auch von der früheren Praxis der Beobachtung und versuchten Steuerung der Geldmenge zunehmend abgewichen wurde

In der damaligen Auseinandersetzung ging es kontrovers um Liquidität oder Geldmenge und es ging zugleich um die Frage einer endogen oder exogenen Entstehung von Liquidität oder Geldmenge. Unter Liquidität wurde damals von den Keynesianern die Geldmenge zuzüglich des Kreditbedarfs der Banken für die Finanzierung der Unternehmen verstanden. Die Liquiditätspolitik der Zentralbank

sollte dabei die Preise in der langen Frist einigermaßen stabil halten, die Schwankungen von Produktion und Beschäftigung in der kurzen Frist verstetigen und kritische Schwankungen in der Bankenliquidität fallbezogen ausgleichen (Richter 1999). Die Geldpolitik war damals – im Rahmen des Keynesianismus der neoklassischen Synthese – gerade nicht vorrangig auf die Geldwertstabilität, sondern auf die Förderung und Verstetigung von Konjunktur und Wachstum fixiert. Diese Ausrichtung der Geldpolitik kam mit dem Aufkommen der monetaristischen Doktrin von Milton Friedman auch in Deutschland zunehmend unter Druck. Hinter diesen unterschiedlichen Vorstellungen standen zugleich gegensätzliche Vorstellungen über die Rolle der Notenbank. Diese sollte bei den Monetaristen eine konjunkturneutrale Geldpolitik betreiben und nur die Entwicklung der Geldmenge entsprechend der Entwicklung des erwarteten Produktionspotentials einschließlich einer hinzunehmenden Inflationsrate quasi von außen, also exogen vorgeben, während die Keynesianer mehrheitlich der Meinung waren, dass das Geld endogen aus den Anforderungen des Wirtschaftskreislaufs entsteht und die Notenbank dafür die geldpolitischen Spielräume zu schaffen hat. Für die Monetaristen war der realwirtschaftliche Kreislauf stabil, bei Arbeitslosigkeit sollten Reallohnsenkungen den Arbeitsmarkt wieder räumen und diese Reinigungsfunktion sollte durch eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Geldpolitik nicht verzögert oder gar blockiert werden. Hinter dieser Sicht steht die Quantitätstheorie des Geldes in ihrer Fassung durch Friedman.

Die wichtigsten Vertreter der keynesianischen Geldpolitik in dieser Kontroverse waren damals Wolfgang Stützel, Rüdiger Pohl und Claus Köhler, die Protagonisten des monetaristischen Kurses Karl Brunner und Manfred J.M. Neumann. Schließlich kam es in den 1970er Jahren zur „monetaristischen

Revolution“ (Janssen 2006), in welcher die einseitig geldwertfixierte Geldmengensteuerung der Bundesbank durchgesetzt wurde. In der wirtschaftspolitischen Praxis bedeutete diese Stabilitätsorientierung der Geldpolitik bei gleichzeitiger harter Exportorientierung der deutschen Industrie eine fast durchgängige Unterbewertung der DM und damit die Rolle Deutschlands als eines „Trittbrettfahrers“ oder „Störfaktors in der Weltwirtschaft“ (Herr/Voy 1989: 120). Thilo Sarrazin hat vor kurzem auf seine aus seiner Sicht positive Rolle bei der Umsetzung dieses neuen Modells einer monetaristischen Wirtschaftspolitik in der damaligen SPD/FDP hingewiesen (Sarrazin 2012, zur Kritik Wendl 2012b). Abgesehen von hoher und ständiger Arbeitslosigkeit in Westdeutschland nach 1975 hat sich dieses Modell einer merkantilistischen Wirtschaftspolitik und einer stabilen Währung als zumindest in der publizistischen Wahrnehmung erfolgreich herausgestellt und wurde dann auch zum Leitmodell der neuen Währungsunion. Da die rot-grüne Bundesregierung nach dem Ausscheiden von Oskar Lafontaine und Heiner Flassbeck aus der Regierung diesen Kurs fortgesetzt und faktisch mit einer Unterbewertung deutscher Waren in der Währungsunion durch Lohnzurückhaltung und Lohnsenkungsprozesse forcierte, haben sich die positiven wie negativen Leistungsbilanzsalden zwischen den Mitgliedsländern so stark vergrößert, dass die fiskalpolitischen Folgen der Finanzmarktkrise die gegenwärtige Überschuldung einer Reihe von Ländern erzwangen. In dieser Konstellation scheitert entweder die Währungsunion oder die Zentralbank wechselt das Modell ihrer Geldpolitik radikal. Letzteres versucht die EZB seit etwas mehr als zwei Jahren gegen den wachsenden Widerstand insbesondere aus Deutschland, der von Seiten der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien, von Seiten der Bundesbank selbst und von Seiten der meisten Ökonomen

sowie eines großen Teils der öffentlichen Meinung kommt. Faktisch bewegt sich die EZB dabei zu der Funktion des *Lender of last Resort* und hat diese durch das Ankaufen von Staatsanleihen auch schon praktiziert. Die Gegner dieses Funktionswandels sehen im tradierten Modell der Bundesbank gerade nicht eine nationalistische Strategie des Handelsmerkantilismus, sondern die quasi heiligen, unverrückbaren Grundsätze einer stabilitätsorientierten Geldpolitik auch in einer Währungsunion. Deshalb glauben sie auch, dass die anderen Wirtschaftsgesellschaften das deutsche Modell in harter Arbeit zu erlernen und nachzuahmen hätten.

3. Die Linke: zwischen Apathie und Monetarismus

Wenn wir den Begriff der politischen Linken weiter fassen, so stellt sich auch die Frage nach dem geldpolitischen Konzept der SPD. Nach dem, was wir sehen und lesen können, hängt die SPD ganz überwiegend noch an der Quantitätstheorie des Geldes und am vermeintlich erfolgreichen Modell einer stabilitätsorientierten Geldpolitik der Zentralbank. Sie engagiert sich zwar für Investitionsprogramme und eine Finanztransaktionssteuer, aber grundsätzlich ist sie in das Modell des tradierten deutschen Handelsmerkantilismus nach wie vor eingebunden. Die leise Kritik der Gewerkschaften und die Ratschläge von Peter Bofinger, dem einzigen Keynesianer im Sachverständigenrat, und von Gustav Horn haben möglicherweise erste Zweifel an diesem Konzept erzeugt, aber eine kritische oder sogar alternative Position ist nicht zu sehen. Diese Partei hat in der Ära Schröder auch den Kontakt zu den ihr nahe stehenden keynesianischen Ökonomen weitgehend verloren. Sie versteht die geldpolitische Auseinandersetzung innerhalb der EZB und innerhalb der Währungsunion daher auch nicht. Der Linken links von der SPD geht es in dieser

Frage wenig anders: auch sie versteht die geldpolitische Kontroverse nicht und hält diese bestenfalls für ein Zeichen der in der Hegemonie des Neoliberalismus existierenden Risse. Die Linkspartei schwankt zwischen einer an Keynes angelehnten Forderung nach einer Currency- und Clearing Union einerseits (Troost 2012) und der faktischen Übernahme der Geldpolitik des Monetarismus. Das lässt sich auch an der Auseinandersetzung zwischen Heiner Flassbeck und Rudolf Hickel über die Notwendigkeit eines Schuldenschnitts im Falle Griechenlands illustrieren, der 2010 mit großer Härte in den „Nachdenkseiten“ ausgetragen wurde und innerhalb des linken Spektrums zu erheblichen Irritationen geführt hatte. In diesem Konflikt sind mit dem Stützel-Schüler Flassbeck und dem linkskeynesianischen Marxisten Hickel zwei verschiedene geldtheoretische Sichtweisen wie zwei fremde Kulturen aneinandergeraten, die in diesem Konflikt mangels gemeinsamer Sprache nicht offen gelegt wurden. Für den Keynesianer Flassbeck hätten die Länder der Währungsunion und die EZB mit einer verbindlichen Garantie der Zahlungsfähigkeit Griechenlands das Problem einer drohenden Insolvenz gar nicht erst aufkommen lassen, während Hickel zur Sanierung Griechenlands einen spürbaren Schuldenschnitt für notwendig gehalten hat. Während der erste aus der kritischen Sicht von Keynes von der Quantitätstheorie des Geldes nichts hält, und offen sagt, dass der Widerspruch von Sparen und Investieren durch „Papiergeld“ aufgehoben wird (Flassbeck 2012: 36), hält der zweite aus seiner Sicht von Banken als den Profiteuren des Finanzsektors einen Schuldenschnitt für verteilungspolitisch überfällig – eine Sichtweise, welche die Bedeutung, die das „fiktive Kapital“ bei Marx für den Kredit hat, entweder ignoriert oder durch das sog. Finanzkapital für historisch überholt hält. Für fiktives Kapital ist ein Schuldenschnitt zunächst keine Umverteilung, sondern eine

Reduzierung von Ansprüchen an die Zukunft. Es findet eine Wertberichtigung von Forderungen statt. Im Theoriekanon des traditionellen Marxismus gibt es keine eigenständige Geld- und Kredittheorie und daher spielt auch „fiktives Kapital“ keine wichtige Rolle, weil nämlich Geld in seiner logischen Struktur nur als Wertmaß und Zirkulationsmittel verstanden wird und aus dieser Sicht die neoklassische Quantitätstheorie ganz plausibel erscheint. Auch heute noch, über 40 Jahre nach dem Beginn der „neuen Marx-Lektüre“ basiert der traditionelle Marxismus auf einer, wie es Backhaus (1997) und Heinrich (2006) kritisiert haben, *prämonetären* Werttheorie oder sogar auf einer aus den Tauschprozessen einer Naturalwirtschaft abgeleiteten einfachen Arbeitswerttheorie (wie bei Wagenknecht 2000). Dieses Missverständnis beruht darauf, dass die Werttheorie gerade nicht als eine Theorie der Formen des Werts und des Geldes und damit auch der komplizierten Vermittlung der Proportionen von Produktion und Zirkulation, sondern als einfache Theorie der Ausbeutung und des Klassenkampfes gesehen wird. In dieser Lesart wird die *Werttheorie* nicht zu einer Theorie des Geldes und des Kredits weiter entwickelt, sondern sie wird zu einer *Machttheorie* der handelnden Unternehmen, im Finanzsektor dann zur Macht des Finanzkapitals, das aus fiktivem Kapital wirkliches Kapital zu machen scheint. Dahinter steht die Vorstellung einer Trennung der Geld- oder Finanzsphäre von der sog. realwirtschaftlichen Sphäre sowie der Neutralität des Geldes, ähnlich wie in der klassischen und später der neoklassischen Theorie, die sich dann in eine Sicht der Dominanz der Finanzsphäre gegenüber dem reproduktiven Kapital verdreht. So lautet die zentrale These dieser Sichtweise, dass „die treibende Kraft der Finanzmärkte der Übergang von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment“ sei (Huffs Schmid 2002: 38). Damit wird der Ebene der Handlungen der Akteure

des Finanzsektors gegenüber der Ebene der gesellschaftlichen Verhältnisse oder Strukturen und zugleich gegenüber den Bedingungen der industriellen Wertschöpfung ein enormer Handlungsspielraum zugesprochen, der dann im Gegenzug durch Maßnahmen wie Schuldenschnitte, Umverteilungen und Enteignungen systematisch eingeschränkt werden muss. Damit wird aber unterstellt, dass die Vergesellschaftung von Wert und Geld über Macht sich durchsetzt und nur die Verteilungsergebnisse dieser Prozesse falsch sind. Theoretisch bewegt sich diese Annahme noch auf dem Boden von Hilferdings Theorie des ‘organisierten Kapitalismus.’ Mit der Reduzierung der Werttheorie zu einer einfachen Arbeitsmengentheorie wird zugleich die von Marx entwickelte Stufenfolge der Mystifikationen und Verkehrungen der Formen von Wert-, Geld und Kapital ignoriert, was die fatale Folge hat, dass dieser reduzierte Marxismus selbst zum Opfer jener Mystifikationen oder „verrückten Formen“ (MEW 25, 483) wird und an bestimmte Sichtweisen der von Marx als Ausdruck des kapitalistischen Alltagsbewusstseins kritisierten „Vulgäroökonomie“ unkritisch anknüpft (Wendl 2012a). So ist es nur konsequent, wenn Wagenknecht das Geldmengenkonzept des Monetarismus übernimmt und anstelle der Banken als Medium der Steuerung und Verteilung der Kredite einfach den Staat einzusetzen versucht (FAZ, 30.7.2012).

4. Das Marxsche Programm in der Geldtheorie

Eine solche Sicht steht in klarem Kontrast zu den Marxschen Einsichten in der Geld- und Kredittheorie. Marx hat zum einen gezeigt, dass Geld endogen aus der Form des Werts im Warenaustausch entsteht und zum anderen hat er zugleich mit der Bewegungsform, in der sich der Doppelcharakter der Arbeit über die Wertform zu Ware und Geld verdoppelt,

auch die relative Verselbständigung des Geldes von der Warenproduktion und damit eine Nichtneutralität des Geldes begründet. Mit der Analyse des Kredits als „fiktives Kapital“ hat er jeder Vorstellung einer Quantitätstheorie des Geldes den Boden entzogen. Eine solche Quantitätstheorie könnte theoretisch damit begründet werden, dass Marx in seiner Analyse des Zirkulationsprozesses von der Notwendigkeit einer Geldware und von der Gold- und Silberproduktion als Wertmaß dieser Geldware ausgeht (MEW 23: 156f.).

An anderer Stelle hat er jedoch darauf hingewiesen, dass die Anbindung des Werts der Geldware an die Produktionskosten von Gold und Silber eine Kollision mit ihrer Natur als besonderer Ware“ (MEW 13: 124) einschließt. Diese zwangsläufige Kollision der Geldware mit den Schwankungen in ihren Produktionsweisen und damit auch den Produktionskosten von Gold und Silber bedeutet, dass die Bindung an das Gold zum Hemmschuh in der weiteren Entwicklung des Geldwesens wird. Es gibt eine Reihe von Mängeln, die dem Geld als Geldware in der Form von Silber und Gold anhaften (Herr 1986: 13). Dieses Hindernis muss dann durch Handlungen – „im Anfang war die Tat“ betont Marx (MEW 23: 101) – über die Einführung einer vom Metall unabhängigen allgemein gültigen Äquivalentform aufgelöst werden. Die dabei entscheidenden Akteure der Notenbanken und der Politik agieren mit diesen Handlungen zwar „am grünen Tisch“ (Wolf 2009: 101), sie versuchen aber nur nachzuvollziehen, zu was sie durch Währungs- und Geldkrisen gezwungen werden. In der widersprüchlichen Logik der Verdoppelung von Ware und Geld ist mit der Geldform schon angelegt, dass ihre Fixierung auf die Anbindung an die Metallform nur vorübergehenden oder historischen Charakter haben kann. Diese Debatte um Gold, Geld und die Widersprüche der Marxschen Geldtheorie wurde in der „PROKLA“ spätestens 1996

begonnen (Heine/Herr 1996), sie wurde am Rande des wissenschaftlichen Diskurses über die Ergebnisse der MEGA-Edition fortgeführt (Heinrich 2006, kritisch dazu Wolf 2009), einerseits als innermarxistische Debatte, andererseits als marxistische Kritik am monetären Keynesianismus (Krüger 2012: 39). Durch die gegenwärtige Wirtschafts- und Geldkrise wird die Fortführung dieser Auseinandersetzung notwendig, auch um die kritisierte Verengung des traditionellen Marxismus auf eine Soziologie der Macht von Akteuren aufheben zu können.

Literatur

- Backhaus, Hansgeorg (1997): *Dialektik der Wertform*, Freiburg.
- Flassbeck, Heiner (2012): *Zehn Mythen der Krise*, Frankfurt/M.
- Heine, Michael, Herr, Hansjörg (1996): Money Makes the World Go Round – Über die Verselbständigung der Geldsphäre und andere Missverständnisse. In: *PROKLA* 103, 197-225.
- Heinrich, Michael (2006): *Die Wissenschaft vom Wert*, Münster.
- Herr, Hansjörg (1986): *Geld, Kredit und ökonomische Dynamik in marktvermittelten Ökonomien – die Vision einer Geldwirtschaft*, München.
- Herr, Hansjörg; Voy, Klaus (1989): *Währungskonkurrenz und Deregulierung der Weltwirtschaft*, Marburg.
- Huffschmidt, Jörg (2002): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg.
- Krüger, Stephan (2012): *Politische Ökonomie des Geldes*, Hamburg.
- Sarrazin, Thilo (2012): *Europa braucht den Euro nicht*, München.
- Wagenknecht, Sagra (2000): *Was ist und was misst Wert? Die Marxsche Arbeitswerttheorie* (http://www.sagra-wagenknecht.de/de/article/64.was_ist_und_was_misst_wert.html)
- Wendl, Michael (2012a): Die Dämonisierung des Unbekannten, Kritik des Finanzkapitals. In: *Sozialismus* 5.
- (2012b): Die Wiederkehr des Tugendwächters. Mit dem Monetarismus aus dem Euro? In: *Sozialismus* 7/8.
- Wolf, Dieter (2009): Gesellschaftliche Praxis und das Problem der Geldware, in: Knolle-Grothusen, Ansgar; Krüger, Stephan; Wolf, Dieter, *Geldware, Gold und Währung*, Hamburg.